

Zivilprozessrecht

Bearbeitet von

Begründet von Prof. Dr. Dr. oec.publ. h.c. Leo Rosenberg, Fortgeführt von Prof. Dr. Dr. h.c. Karl Heinz Schwab, Bearbeitet von Prof. Dr. Dr. h.c. Peter Gottwald

18. Auflage 2018. Buch. Rund 1200 S. In Leinen
ISBN 978 3 406 71085 8

[Recht > Zivilverfahrensrecht, Berufsrecht, Insolvenzrecht > Zivilverfahrensrecht
allgemein, Gesamtdarstellungen](#)

Zu [Leseprobe](#) und [Sachverzeichnis](#)

schnell und portofrei erhältlich bei

The logo for beck-shop.de features the text 'beck-shop.de' in a bold, red, sans-serif font. Above the 'i' in 'shop' are three red dots of increasing size. Below the main text, the words 'DIE FACHBUCHHANDLUNG' are written in a smaller, red, all-caps, sans-serif font.

beck-shop.de
DIE FACHBUCHHANDLUNG

Die Online-Fachbuchhandlung beck-shop.de ist spezialisiert auf Fachbücher, insbesondere Recht, Steuern und Wirtschaft. Im Sortiment finden Sie alle Medien (Bücher, Zeitschriften, CDs, eBooks, etc.) aller Verlage. Ergänzt wird das Programm durch Services wie Neuerscheinungsdienst oder Zusammenstellungen von Büchern zu Sonderpreisen. Der Shop führt mehr als 8 Millionen Produkte.

Rosenberg / Schwab / Gottwald

Zivilprozessrecht


beck-shop.de
DIE FACHBUCHHANDLUNG



beck-shop.de
DIE FACHBUCHHANDLUNG

Zivilprozessrecht

begründet von

Leo Rosenberg

Dr.jur., Dr. oec. publ. h.c. o. ö. Professor an der Universität München

fortgeführt von

Karl Heinz Schwab†

Dr.jur., Dr.jur. h.c. em. Ordinarius an der Universität Erlangen-Nürnberg

bearbeitet von

Peter Gottwald

Dr.jur., Dr.jur. h.c. em. Professor an der Universität Regensburg

18., neu bearbeitete Auflage

2018





www.beck.de

ISBN 9783 406 71085 8

© 2018 Verlag C. H. Beck oHG
Wilhelmstraße 9, 80801 München
Druck und Bindung: Kösel GmbH & Co. KG
Am Buchweg 1, 87452 Altusried-Krugzell

Satz und Umschlaggestaltung: Druckerei C. H. Beck Nördlingen

Gedruckt auf säurefreiem, alterungsbeständigem Papier
(hergestellt aus chlorfrei gebleichtem Zellstoff)

Vorwort

Der deutsche und der europäische Gesetzgeber haben das Zivilprozessrecht in den letzten Jahren in vielen Bereichen modernisiert. Von größter Bedeutung für die Praxis ist insoweit, dass der deutsche Gesetzgeber den vollständigen Übergang zum elektronischen Rechtsverkehr bis 2026 eingeleitet hat. Deutscher und europäischer Gesetzgeber fördern nun stärker als bisher Mediation und außergerichtliche Streitschlichtung, insb. in Verbrauchersachen. Daneben hat der deutsche Gesetzgeber versucht, einige Schwachstellen des Rechtsschutzsystems zu beheben. Er hat etwa die Beschlusszurückweisung der Berufung neu geordnet, die Rechtsbehelfsbelehrung in Zivilsachen und die Entschädigung bei überlangen Gerichtsverfahren neu eingeführt, das Recht der Prozesskostenhilfe verschärft, das Sachverständigenrecht überarbeitet und für einige Sachgebiete Spezialkammern kraft Gesetzes eingeführt. Die Europäische Union hat die Brüssel Ia-Verordnung, die Erbrechtsverordnung und die Güterrechtsverordnungen neu erlassen sowie die Mahnverordnung und die sog. Small-claims-Verordnung überarbeitet. Hinzu kommen zahlreiche Änderungen prozessualer Einzelnormen im materiellen Recht sowie eine umfangreiche richtungsweisende Rechtsprechung. Eine Neuauflage war deshalb überfällig. Sie will diesen Veränderungen vollständig Rechnung tragen und das aktuelle deutsche Zivilprozessrecht wie bisher umfassend systematisch darstellen. Diese Systematik, ihre wesentlichen Grundbegriffe und die Struktur dieses dogmatischen Systems beruhen dabei nach wie vor auf den Ideen, die Leo Rosenberg in der ersten Auflage dieses Lehrbuchs 1927, also vor gut 90 Jahren entwickelt hat.

Die Neuauflage gibt die Gesetzeslage zum 1.1.2018 wieder. Rechtsprechung und Schrifttum sind ebenfalls bis zu diesem Zeitpunkt, im Rahmen des Möglichen noch bis Ende Januar verarbeitet. Mein großer Dank gilt der Lektorin Frau Hildgund Kulhanek für ihre sorgfältige Durchsicht des Manuskripts. Meiner Familie danke ich herzlich für ihre Geduld und für ihr Verständnis; über lange Zeit hat sie mir einen ungestörten Freiraum eingeräumt, damit ich diese Auflage abschließen konnte.

Regensburg, im März 2018

Peter Gottwald



beck-shop.de
DIE FACHBUCHHANDLUNG

Inhaltsverzeichnis

Abkürzungsverzeichnis	XXIX
Literaturverzeichnis	XXXV

Einleitung. Der Zivilprozess und das Zivilprozessrecht

§ 1.	Begriff des Zivilprozesses und des Zivilprozessrechts	1
	I. Rechtspflege und Zivilprozess	1
	II. Zivilprozess als konkretes Verfahren	2
	III. Der Zweck des Zivilprozesses	3
	IV. Außergerichtliche Streiterledigung	5
	V. Die Aufgaben der Zivilrechtspflege	8
	VI. Zivilprozessrecht und Zivilrecht	9
	VII. Zivilprozessrecht als öffentliches Recht	9
	VIII. Zivilprozessrecht und Verfassungsrecht	10
	IX. Soziale und wirtschaftliche Bedeutung des Zivilprozesses	12
§ 2.	Der Prozess als Rechtsverhältnis	13
	I. Begriff und Bedeutung des Prozessrechtsverhältnisses	13
	II. Inhalt des Prozessrechtsverhältnisses	13
	III. Die Stellung der Parteien im Prozessrechtsverhältnis	14
	IV. Treu und Glauben im Prozessrecht	15
	V. Haftung für schädigende Rechtsverfolgung	16
§ 3.	Anspruch auf effektiven Rechtsschutz	17
	I. Der Justizanspruch	18
	II. Der Rechtsschutzanspruch	19
§ 4.	Zur Geschichte des Zivilprozessrechts bis zu den Reichsjustizgesetzen	19
	I. Der römische Zivilprozess	20
	II. Der germanische Prozess	22
	III. Der italienisch-kanonische Zivilprozess	23
	IV. Die Rezeption und der gemeine deutsche Zivilprozess	24
	V. Reformen der deutschen Einzelstaaten	27
§ 5.	Die Reichsjustizgesetze und ihre Reform	28
	I. Die Entstehung einheitlichen Prozessrechts	28
	II. Änderungen der Zivilprozessordnung	29
	III. Das geltende Zivilprozessrecht	31
	IV. Reformvorhaben	32
§ 6.	Der Geltungsbereich des deutschen Zivilprozessrechts	33
	I. Intertemporales Prozessrecht	33
	II. Internationales Prozessrecht	34
	III. Europäisches Zivilprozessrecht	35
§ 7.	Die Arten der Zivilprozessrechtssätze und ihre Auslegung	38
	I. Die Arten der Zivilprozessrechtsnormen	38
	II. Die Auslegung	39
§ 8.	Literatur zum Zivilprozessrecht	41
	I. Materialien	41
	II. Literatur zur heutigen ZPO	41
	III. Schrifttum zum ausländischen Zivilprozessrecht	42

Inhalt

Erstes Buch. Allgemeine Lehren

Erster Abschnitt. Die ordentliche streitige Zivilgerichtsbarkeit

Erstes Kapitel. Begriff und Begrenzung der ordentlichen streitigen Zivilgerichtsbarkeit

§ 9.	Die rechtsprechende Gewalt	57
	I. Der Begriff der Gerichtsbarkeit	57
	II. Gliederung der rechtsprechenden Gewalt	58
	III. Die Träger der Gerichtsbarkeit	59
	IV. Die Bundesrepublik als einheitliches Rechtspflegegebiet	60
	V. Rechtsweg kraft Sachzusammenhangs	60
	VI. Die Entscheidung über den Rechtsweg	61
§ 10.	Ordentliche streitige Zivilgerichtsbarkeit und Strafgerichtsbarkeit	64
	I. Abgrenzung der Aufgabenbereiche	65
	II. Verhältnis der Zivilgerichte und der Strafgerichte zueinander	66
§ 11.	Familiengerichte und freiwillige Gerichtsbarkeit	67
	I. Familiensachen	67
	II. Die Angelegenheiten der freiwilligen Gerichtsbarkeit	68
	III. Die Abgrenzung zur streitigen Gerichtsbarkeit	69
	IV. Das Verhältnis von streitiger Zivilgerichtsbarkeit zu Familiensachen und Angelegenheiten der freiwilligen Gerichtsbarkeit	70
§ 12.	Ordentliche und besondere streitige Zivilgerichtsbarkeit	72
	I. Begriff der besonderen Gerichte	72
	II. Patentgerichtsbarkeit	72
	III. Die Schifffahrtsgerichte	74
§ 13.	Ordentliche streitige Zivilgerichtsbarkeit und Arbeitsgerichtsbarkeit	75
	I. Arbeitsgerichtsbarkeit als selbständiger Gerichtsbarkeitszweig	75
	II. Aufgabenbereiche	75
	III. Entscheidung über Vorfragen und Bindung an rechtskräftige Entscheidungen	77
§ 14.	Zivilgerichtsbarkeit und Verwaltungsgerichtsbarkeit	78
	I. Die Einrichtung der Verwaltungsgerichtsbarkeit	78
	II. Die Abgrenzung von Zivilgerichtsbarkeit und Verwaltungsgerichtsbarkeit	78
	III. Die Entscheidung über die Zulässigkeit des Rechtswegs	84
	IV. Entscheidung über Vorfragen und Bindung an Entscheidungen	84
§ 15.	Ordentliche streitige Zivilgerichtsbarkeit und Sozialgerichtsbarkeit	86
	I. Aufgabenbereiche	86
	II. Entscheidung über die Zulässigkeit des Rechtswegs und Rechtswegverweisung	87
	III. Entscheidung über Vorfragen	87
	IV. Bindung an Entscheidungen	88
§ 16.	Ordentliche streitige Zivilgerichtsbarkeit und Finanzgerichtsbarkeit	88
	I. Aufgabenbereiche	88
	II. Entscheidung über die Zulässigkeit des Rechtswegs und Rechtswegverweisung	89
	III. Entscheidung über Vorfragen	89
	IV. Bindung an Entscheidungen	89
§ 17.	Ordentliche streitige Zivilgerichtsbarkeit und Verfassungsgerichtsbarkeit	89
	I. Aufgabenbereiche	91

Inhalt

	II. Konkrete Normenkontrollverfahren	92
	III. Die Verfassungsbeschwerde gegen gerichtliche Entscheidungen	93
	IV. Die Menschenrechtsbeschwerde	97
§ 18.	Ordentliche Zivilgerichtsbarkeit und Gerichtsbarkeit der Europäischen Union	98
	I. Aufgabe und Rechtsstellung der Gerichte der Europäischen Union	99
	II. Zivilgerichtliche Zuständigkeiten	100
	III. Vorabentscheidungsverfahren	101
§ 19.	Die Immunitäten	104
	I. Der Umfang der Immunitäten	105
	II. Die Bedeutung der Immunität	107

Zweites Kapitel. Die Organe der ordentlichen streitigen Zivilgerichtsbarkeit

§ 20.	Die Gerichte	110
	I. Begriff des Gerichts	111
	II. Die Gerichtsverwaltung	111
	III. Die Gerichtsverfassung	112
	IV. Einzelne Organe der Spruchkörper	114
	V. Die Selbstverwaltung der Gerichte	116
	VI. Beratung und Abstimmung im Kollegium	119
§ 21.	Die äußeren Umstände der gerichtlichen Tätigkeit	120
	I. Der Ort der Gerichtstätigkeit	120
	II. Die Zeit der Gerichtstätigkeit	120
	III. Die Gerichtssprache	120
	IV. Elektronischer Rechtsverkehr	122
	V. Öffentlichkeit und Datenschutz	123
	VI. Sitzungspolizei und Hausrecht	127
§ 22.	Die Rechtshilfe	129
	I. Nationale Rechtshilfe	129
	II. Internationale Rechtshilfe	130
§ 23.	Der Richter	133
	I. Grundsätzliches	133
	II. Die Berufsrichter	134
	III. Die Befähigung zum Richteramt bei Berufsrichtern	135
	IV. Die Berufung der Richter	135
	V. Der Amtsverlust der Richter	135
	VI. Die Unabhängigkeit des Richters	136
	VII. Die ehrenamtlichen Richter	138
§ 24.	Ausschließung und Ablehnung des Richters	139
	I. Ausschließung kraft Gesetzes	140
	II. Die Ablehnung eines Richters	141
§ 25.	Rechtspfleger und Urkundsbeamter	146
	I. Der Rechtspfleger	146
	II. Der Urkundsbeamte der Geschäftsstelle	147
§ 26.	Der Gerichtsvollzieher	148
	I. Rechtsstellung	149
	II. Die Tätigkeit des Gerichtsvollziehers	149
§ 27.	Verwaltungsbehörden	150

Inhalt

§ 28.	Der Rechtsanwalt	152
	I. Der Anwalt als Rechtsberater und Prozessvertreter	152
	II. Das anwaltliche Berufsrecht	154
	III. Das Verhältnis des Rechtsanwalts zur Partei	158

Drittes Kapitel. Die Zuständigkeitsordnung

§ 29.	Begriff, Arten und Bedeutung der Zuständigkeit	162
	I. Allgemeines	162
	II. Die verschiedenen Arten der Zuständigkeit	162
	III. Grundlage der Zuständigkeit	163
	IV. Ausschließliche Zuständigkeit	163
	V. Die Bedeutung der Zuständigkeit	164
§ 30.	Die funktionelle Zuständigkeit, insbesondere die Instanzenordnung	164
	I. Allgemeines	164
	II. Die einzelnen funktionell zuständigen Gerichte	165
	III. Die Instanzenordnung	165
	IV. Die besondere Bedeutung der funktionellen Zuständigkeit	166
§ 31.	Die internationale Zuständigkeit	167
	I. Begriff der internationalen Zuständigkeit	168
	II. Europäische internationale Zuständigkeit	168
	III. Internationale Zuständigkeit nach autonomem deutschen Recht	175
	IV. Folgen des Fehlens der internationalen Zuständigkeit	178
	V. Deutsche und ausländische internationale Zuständigkeit	179
§ 32.	Die sachliche Zuständigkeit	179
	I. Allgemeines	179
	II. Die Zuständigkeit der Amtsgerichte	180
	III. Die Zuständigkeit der Landgerichte	181
	IV. Der Zuständigkeitsstreitwert	182
§ 33.	Die Kammer für Handelssachen	186
	I. Zuständigkeit und Fälle	187
	II. Das Verhältnis zur Zivilkammer	188
§ 34.	Die örtliche Zuständigkeit im Allgemeinen	189
	I. Begriff	189
	II. Die Arten der Gerichtsstände	190
	III. Konkurrenzen	190
§ 35.	Der allgemeine Gerichtsstand	190
	I. Ort des allgemeinen Gerichtsstands	191
	II. Nichtausschließlichkeit des allgemeinen Gerichtsstands	191
§ 36.	Die besonderen Gerichtsstände	192
	I. Gerichtsstände von allgemeiner Bedeutung	192
	II. Gerichtsstände für das Gebiet des Schuldrechts	194
	III. Gerichtsstand für das Gebiet des Sachenrechts	197
	IV. Gerichtsstände für das Gebiet des Familienrechts	198
	V. Gerichtsstand für Erbrechtsstreitigkeiten	200
	VI. Gerichtsstand kraft Sachzusammenhangs	200
§ 37.	Zuständigkeit infolge Parteiverhaltens	201
	I. Die Gerichtsstandsvereinbarung	202
	II. Rüge lose Einlassung zur Hauptsache	205
§ 38.	Zuständigkeit infolge gerichtlicher Bestimmung	206
	I. Die Fälle	206

Inhalt

II. Das Verfahren	209
III. Wirkung der Bestimmung	210
§ 39. Die Prüfung der Zuständigkeit und die Folgen der Unzuständigkeit	210
I. Die Prüfung der Zuständigkeit	210
II. Die Folgen der Unzuständigkeit	212
III. Die Anfechtbarkeit der Entscheidung über die Zuständigkeit	216
IV. Bindende Wirkung einer Entscheidung nach § 11	216

Zweiter Abschnitt. Die Parteien, ihre Vertreter und Beistände

Erstes Kapitel. Die Hauptparteien

§ 40. Der Parteibegriff	217
I. Der Parteibegriff und seine Bedeutung	217
II. Die Parteien kraft Amtes	218
III. Das Zweiparteienprinzip	220
IV. Die Rechtsstellung der Parteien	221
V. Parteieigenschaften	221
§ 41. Die Bestimmung der Partei	222
I. Grundsatz	222
II. Bezeichnung der Partei	222
III. Berichtigung der Parteibezeichnung	223
IV. Prüfung der Identität der Partei	224
V. Nichtexistenz einer Partei	225
§ 42. Der Parteiwechsel	225
I. Begriff und Arten	226
II. Der gesetzliche Parteiwechsel	226
III. Der gewillkürte Parteiwechsel	227
§ 43. Die Parteifähigkeit	230
I. Begriff	231
II. Die parteifähigen Rechtsträger	232
III. Verlust der Parteifähigkeit	235
IV. Die Bedeutung der Parteifähigkeit	236
V. Verfahren bei mangelnder Parteifähigkeit	237
§ 44. Die Prozessfähigkeit	238
I. Begriff	238
II. Fälle der Prozessfähigkeit und der Prozessunfähigkeit	239
III. Die Bedeutung der Prozessfähigkeit	241
IV. Verfahren bei mangelnder Prozessfähigkeit	242
§ 45. Die Postulationsfähigkeit	244
I. Postulationsfähigkeit als Prozesshandlungsvoraussetzung	244
II. Fälle der Postulationsfähigkeit	245
III. Die Prüfung der Postulationsfähigkeit und die Folgen ihres Mangels ..	245
§ 46. Die Prozessführungsbefugnis	246
I. Der Begriff der Prozessführungsbefugnis	247
II. Gesetzliche Prozessführungsbefugnis rechtsfremder oder teilberech-	
tigter Personen	247
III. Die gewillkürte Prozessführungsbefugnis	250
IV. Die Bedeutung der Prozessführungsbefugnis und die Folgen ihres	
Mangels	252
V. Rechtskrafterstreckung bei Prozessführungsbefugnis	253

Inhalt

§ 47. Klagen im Allgemeininteresse	254
I. Allgemeines	256
II. Die Verbandsklage	256
III. Die Gruppenklage	258
IV. Musterprozesse	259

Zweites Kapitel. Die Mehrheit von Parteien

§ 48. Die einfache Streitgenossenschaft	262
I. Begriff und Entstehung der Streitgenossenschaft	262
II. Die Zulässigkeit der gemeinschaftlichen Klage	262
III. Die Wirkungen der Streitgenossenschaft	263
§ 49. Die notwendige Streitgenossenschaft	266
I. Allgemeines	266
II. Notwendige Streitgenossenschaft aus prozessualen Gründen	266
III. Notwendige Streitgenossenschaft aus materiellrechtlichen Gründen	268
IV. Die Regelung der notwendigen Streitgenossenschaft	270

Drittes Kapitel. Die Beteiligung Dritter am Rechtsstreit

§ 50. Die Nebenintervention	275
I. Begriff	275
II. Die Voraussetzungen der Nebenintervention	276
III. Das Verfahren im Falle des Beitritts des Nebenintervenienten	277
IV. Die Rechtsstellung des Nebenintervenienten	279
V. Die Interventionswirkung	282
VI. Der streitgenössische Nebenintervenient	285
§ 51. Die Streitverkündung	286
I. Begriff	286
II. Die Voraussetzungen der Streitverkündung	287
III. Das Verfahren bei der Streitverkündung	289
IV. Die Wirkungen der Streitverkündung	290
V. Garantieklage	291
VI. Die Beiladung	292
§ 52. Die Hauptintervention	293
I. Begriff der Hauptintervention	293
II. Die Zulässigkeit der Hauptintervention	294
III. Das Interventionsverfahren	296
IV. Begründetheit der Hauptintervention	297

Viertes Kapitel. Stellvertretung und Beistandschaft

§ 53. Zulässigkeit und Notwendigkeit der Stellvertretung	298
I. Begriffe	298
II. Zulässigkeit und Notwendigkeit der Stellvertretung	299
III. Der Anwaltszwang	299
§ 54. Der gesetzliche Vertreter	301
I. Begriff und Fälle	301
II. Die gesetzliche Vertretung Prozessunfähiger	301
§ 55. Der gewillkürte Stellvertreter	305
I. Begriff und Fälle	305
II. Die Prozessvollmacht	305
III. Die Folgen des stellvertretenden Handelns	311

Inhalt

§ 56.	Der vollmachtlose Vertreter	312
	I. Begriff	313
	II. Das Verfahren gegenüber einem vollmachtlosen Vertreter	313
	III. Einstweilige Zulassung des vollmachtlosen Vertreters	314
	IV. Genehmigung der Vollmachtlosigkeit	315
§ 57.	Die Beistandschaft	316
	I. Begriff	316
	II. Die Zulassung des Beistandes	316
	III. Stellung des Beistandes	316

Dritter Abschnitt. Die Prozesshandlungen

Erstes Kapitel. Die Prozesshandlungen des Gerichts

§ 58.	Übersicht über die Prozesshandlungen des Gerichts	317
	I. Entscheidungen	317
	II. Andere Gerichtshandlungen	318
§ 59.	Die Urteilsarten	318
	I. Einteilung der Urteile	318
	II. Die Endurteile	319
	III. Die Zwischenurteile	322
	IV. Das Grundurteil	324
	V. Die Vorbehaltsurteile	329
§ 60.	Der Erlass der Entscheidungen	331
	I. Der Erlass von Urteilen	332
	II. Die Abfassung der Urteile	334
	III. Der Erlass von Beschlüssen und Verfügungen	338
§ 61.	Bindungswirkung der Entscheidungen	339
	I. Urteile	339
	II. Beschlüsse und Verfügungen	343
	III. Abhilfe bei Verletzung rechtlichen Gehörs	345
§ 62.	Die Fehlerhaftigkeit von Gerichtshandlungen und ihre Heilung	348
	I. Begriff und Wirkungen im Allgemeinen	349
	II. Fehlerhafte Entscheidungen	349
	III. Nicht- oder Scheinurteile	350
	IV. Wirkungslose Entscheidungen	352

Zweites Kapitel. Die Prozesshandlungen der Parteien

§ 63.	Der Begriff der Parteiprozesshandlung	354
	I. Der Begriff der Prozesshandlung	354
	II. Formen der Parteiprozesshandlungen	355
	III. Unterschiede zwischen Parteiprozesshandlung und Rechtsgeschäft	355
§ 64.	Arten einseitiger Parteiprozesshandlungen	357
	I. Erwirkungshandlungen	357
	II. Bewirkungshandlungen	359
§ 65.	Die Regelung der einseitigen Parteiprozesshandlungen	360
	I. Persönliche Handlungsvoraussetzungen	360
	II. Die Vornahme der Parteihandlungen	360
	III. Auslegung der Parteihandlungen	364
	IV. Bedingungen und Zeitbestimmungen	365
	V. Willensmängel	368

Inhalt

VI. Verstoß gegen die guten Sitten	369
VII. Treu und Glauben und Prozesshandlungen	369
VIII. Wahrheitspflicht	371
§ 66. Die Prozessverträge	374
I. Der Prozessvertrag	374
II. Arten der prozessualen Wirkungen	374
III. Zulässigkeit von Prozessverträgen	375
IV. Der Abschluss von Prozessverträgen	376
V. Wirkung von Prozessverträgen auf Rechtsnachfolger	377
§ 67. Fehler von Parteihandlungen und ihre Heilung	378
I. Die Folgen fehlerhafter Prozesshandlungen	378
II. Die Heilung fehlerhafter Parteihandlungen	379
III. Die Heilung durch Verzicht oder Versäumung der Parteirüge	379
§ 68. Die Versäumung von Parteihandlungen	381
I. Die Versäumung von Parteihandlungen im Allgemeinen	381
II. Verspätete Angriffs- und Verteidigungsmittel	385
§ 69. Die Wiedereinsetzung in den vorigen Stand	390
I. Fristversäumung als Voraussetzung der Wiedereinsetzung	390
II. Der Wiedereinsetzungsgrund	391
III. Die Rechtsprechung zur Wiedereinsetzung	391
IV. Das Wiedereinsetzungsverfahren	397
V. Wirkung der Wiedereinsetzung	400
 Drittes Kapitel. Termine, Ladung, Fristen und Zustellung	
§ 70. Termin und Ladung	401
I. Begriff des Termins	401
II. Die Anberaumung eines Termins	401
III. Die Ladung zum Termin	402
IV. Aufhebung, Verlegung und Vertagung	403
§ 71. Fristen	403
I. Begriff der Frist	403
II. Gesetzliche und richterliche Fristen	404
III. Besondere gesetzliche Fristen	404
IV. Die Bedeutung der Fristen	405
V. Beginn, Berechnung und Änderung der Fristen	405
VI. Auswirkung auf Fristen	406
VII. Die Wahrung der Fristen	406
§ 72. Begriff, Notwendigkeit und Arten der Zustellung	407
I. Begriff der Zustellung	407
II. Die Notwendigkeit der Zustellung	408
III. Arten der Zustellung	408
§ 73. Zustellungsadressat und Zustellungsempfänger	409
I. Begriffe	409
II. Der Zustellungsadressat	409
III. Ersatzzustellung	411
§ 74. Die Ausführung der Zustellung	413
I. Allgemeines	413
II. Die Zustellung im Amtsbetrieb	414
III. Die Zustellung im Parteibetrieb	419
IV. Die Zustellung im Ausland	420

Inhalt

§ 75.	Perfektion und Mängel der Zustellung	422
	I. Perfektion der Zustellung	422
	II. Mängel der Zustellung	423

Vierter Abschnitt. Die Verfahrensgrundsätze

§ 76.	Der Dispositionsgrundsatz	425
	I. Begriff	425
	II. Umfang der Verfügungsfreiheit	425
	III. Einschränkungen	426
§ 77.	Der Beibringungsgrundsatz	426
	I. Allgemeines	427
	II. Der Verhandlungs- oder Beibringungsgrundsatz	429
	III. Materielle Prozessleitung durch richterliche Hinweise	430
	IV. Einschränkungen des Beibringungsgrundsatzes	436
	V. Der Untersuchungsgrundsatz	437
	VI. Die Prüfung von Amts wegen	438
§ 78.	Die richterliche Prozessleitung	439
	I. Allgemeines	439
	II. Die formelle Verfahrensleitung	440
	III. Die materielle Prozessleitung	442
§ 79.	Schriftliche und mündliche Verhandlung	443
	I. Allgemeines	444
	II. Schriftsätze	445
	III. Die notwendige mündliche Verhandlung	447
	IV. Videokonferenz	450
	V. Die freigestellte mündliche Verhandlung	451
	VI. Das schriftliche Verfahren	452
§ 80.	Die Unmittelbarkeit des Verfahrens	455
	I. Begriff	455
	II. Gesetzliche Regelung	456
	III. Ausnahmen vom Grundsatz der Unmittelbarkeit	456
§ 81.	Beschleunigung und Konzentration des Verfahrens	456
	I. Allgemeines	457
	II. Die Prozessförderungspflicht des Gerichts	457
	III. Die Prozessförderungspflicht der Parteien	459
§ 82.	Der Anspruch auf rechtliches Gehör	460
	I. Grundlage und Rechtsnatur	460
	II. Inhaber des Anspruchs	461
	III. Der Inhalt des Anspruchs auf rechtliches Gehör	462
	IV. Die Form der Gewährung des rechtlichen Gehörs	464
	V. Die Folgen der Verletzung des rechtlichen Gehörs	464
	VI. Ausnahmen vom Grundsatz des rechtlichen Gehörs	466

Fünfter Abschnitt. Prozesskosten, Sicherheitsleistung, Prozesskostenhilfe

§ 83.	Die Prozesskosten	467
	I. Arten der Prozesskosten	468
	II. Die Gerichtskosten	468
	III. Anwaltskosten	470
	IV. Parteikosten	472
	V. Die Gebühren des Gerichtsvollziehers	472

Inhalt

§ 84.	Kostenentscheidung und Kostenerstattungsanspruch	473
	I. Grundsätzliches zur Kostentragung	473
	II. Die Entscheidung über die Kosten	473
	III. Der Kostenerstattungsanspruch	474
	IV. Die Einheitlichkeit der Kostenentscheidung	479
	V. Bedeutung und Folgen der Kostenentscheidung	480
	VI. Die Anfechtung der Kostenentscheidung	482
§ 85.	Die Kostenfestsetzung	483
	I. Voraussetzungen des Kostenfestsetzungsverfahrens	484
	II. Die Berücksichtigung notwendiger Kosten	484
	III. Verfahren vor dem Rechtspfleger	487
	IV. Der Kostenfestsetzungsbeschluss	488
	V. Anfechtbarkeit des Kostenfestsetzungsbeschlusses	488
	VI. Der Gebührenstreitwert	489
	VII. Kostenfestsetzungsbeschluss als Vollstreckungstitel	492
§ 86.	Die Sicherheitsleistung	492
	I. Begriff und Fälle	492
	II. Die Regelung der Sicherheitsleistung	494
§ 87.	Prozesskostenhilfe und Prozesskostenfinanzierung	496
	I. Staatliche Prozesskostenhilfe und private Finanzierungshilfen	498
	II. Persönliche und wirtschaftliche Voraussetzungen der Prozesskostenhilfe	500
	III. Anwendungsbereich und sachliche Voraussetzungen der Prozesskostenhilfe	504
	IV. Das PKH-Bewilligungsverfahren	506
	V. Wirkungen der Bewilligung von Prozesskostenhilfe	509
	VI. Änderung der Verhältnisse und Aufhebung der Prozesskostenhilfe	512
	VII. Beschwerdeverfahren	514
	VIII. Einstweilige Anordnung der Leistung eines Prozesskostenvorschusses ..	516
	IX. Beratungshilfe	516

Zweites Buch. Außergerichtliche Streitbeilegung

§ 88.	Außergerichtliche Streitbeilegungsverfahren	519
	I. Streitbeilegung durch Rechtsanwälte	519
	II. Obligatorische außergerichtliche Streitschlichtung	519
	III. Schlichtungsverfahren	521
	IV. Mediationsverfahren	526
	V. Schiedsgerichtsverfahren und Schiedsgutachten	527

Drittes Buch. Das Urteils-(Entscheidungs-)verfahren

§ 89.	Klage und Urteil im Allgemeinen	529
	I. Die Klage	529
	II. Das Urteil als Antwort auf die Klage	529
	III. Klage- und Urteilsarten	530
§ 90.	Klagen und Urteile auf Leistung	530
	I. Klagen auf fällige Leistungen	530
	II. Klage auf künftig fällige Leistungen	533

Inhalt

III. Klagbarkeit	534
IV. Das Rechtsschutzbedürfnis	536
§ 91. Klagen und Urteile auf Feststellung	539
I. Rechtsnatur	539
II. Das Rechtsverhältnis	540
III. Das rechtliche Interesse an alsbaldiger Feststellung	543
IV. Zuständigkeit für Feststellungsklagen	545
V. Behandlung der Zulässigkeitsvoraussetzungen	545
§ 92. Gestaltungsklagen und -urteile	547
I. Die Rechtsnatur der Gestaltungsklagen	547
II. Anwendungsfälle der Gestaltungsklagen und -urteile	548
III. Die Wirkung der Gestaltungsurteile	549
IV. Die Zulässigkeit der Gestaltungsklagen	550
§ 93. Streitgegenstand und prozessualer Anspruch	550
I. Die Verwendung des Begriffs „Anspruch“ in der ZPO	551
II. Kriterien des Streitgegenstands	551
III. Streitgegenstandstheorien	552
IV. Die Definition des Streitgegenstandes	556
§ 94. Prozessvoraussetzungen und Prozesshindernisse	557
I. Allgemeines	558
II. Die allgemeinen Prozessvoraussetzungen	558
III. Die besonderen Prozessvoraussetzungen	559
IV. Die Prozesshindernisse	559
V. Die Behandlung der Prozessvoraussetzungen und Prozesshindernisse ..	560

Erster Teil. Das ordentliche Urteilsverfahren

Erster Abschnitt. Das Verfahren erster Instanz

Erstes Kapitel. Die Klage

§ 95. Die Ausgestaltung des erstinstanzlichen Verfahrens	564
I. Schwerpunkt des Verfahrens in erster Instanz	564
II. Streitbeilegung vor richterlicher Entscheidung	564
III. Konzentrierte Durchführung des Verfahrens	565
§ 96. Die Klageerhebung	565
I. Die Akte der Klageerhebung	566
II. Der Inhalt der Klageschrift	567
III. Mängel der Klageerhebung	573
§ 97. Klageerweiterung, Widerklage und Zwischenfeststellungsklage	574
I. Die Klageerweiterung	574
II. Die Widerklage	575
III. Die Zwischenfeststellungsklage	580
§ 98. Die objektive Klagenhäufung	582
I. Begriff und Entstehung	582
II. Die Zulässigkeit der Klagenhäufung	583
III. Die Arten der Klagenhäufung	584
IV. Die rechtliche Behandlung der Klagenhäufung	585
V. Mehrfache Begründung eines Anspruchs	587
§ 99. Die Rechtshängigkeit	587
I. Begriff der Rechtshängigkeit	588

Inhalt

II. Beginn und Ende der Rechtshängigkeit	588
III. Die prozessualen Wirkungen der Rechtshängigkeit	591
IV. Die privatrechtlichen Wirkungen der Rechtshängigkeit	594
§ 100. Die Klageänderung	595
I. Begriff der Klageänderung	595
II. Die Regelung der Klageänderung	597
III. Das Verfahren bei der Klageänderung	600
§ 101. Die Veräußerung des in Streit befangenen Gegenstandes	601
I. Allgemeines	601
II. Zulässigkeit der Veräußerung	601
III. Die prozessualen Folgen des Rechtsübergangs	604
IV. Einfluss des Rechtsübergangs auf Klageantrag und Urteil	606

Zweites Kapitel. Das Verhalten des Beklagten auf die Klage

§ 102. Mögliche Verhaltensweisen des Beklagten	608
I. Verhaltensweisen und Prozesstaktik	608
II. Einlassung oder Verhandlung zur Hauptsache	608
III. Weitere prozessuale Möglichkeiten	609
§ 103. Einwendungen und Einreden	609
I. Sprachgebrauch der ZPO	609
II. Arten der Einwendungen	610
III. Ungünstiges Parteivorbringen	612
§ 104. Die Prozessaufrechnung	612
I. Aufrechnung und Aufrechnungseinrede	613
II. Die Prozessaufrechnung	614
III. Die prozessuale Behandlung der Aufrechnungseinrede	615
IV. Die prozessual unzulässige Aufrechnungseinrede	618

Drittes Kapitel. Der Verlauf des gerichtlichen Verfahrens

§ 105. Übersicht über den Verlauf	620
I. Beginn des Verfahrens	620
II. Die Vorbereitung des Haupttermins	621
III. Die Güteverhandlung	622
IV. Der Haupttermin	626
V. Protokoll	628
§ 106. Das Versäumnisverfahren	630
I. Das Versäumnisurteil	631
II. Das gewöhnliche Versäumnisverfahren	631
III. Das schriftliche Versäumnisverfahren	636
IV. Der Einspruch	637
V. Das zweite Versäumnisurteil	641
§ 107. Die Entscheidung nach Lage der Akten	641
I. Allgemeines	642
II. Die Voraussetzungen	642
III. Der Prozessstoff	643
§ 108. Die Zuständigkeit des Einzelrichters	644
I. Allgemeines	645
II. Der originäre Einzelrichter	645
III. Der obligatorische Einzelrichter	647

Inhalt

IV. Der Vorsitzende der Kammer für Handelssachen erster Instanz	648
V. Der entscheidende Richter im Berufungsverfahren	649
VI. Der vorbereitende Einzelrichter im Berufungsverfahren	650
VII. Der originäre Einzelrichter im Beschwerdeverfahren	651
§ 109. Das Verfahren vor dem Amtsgericht	652
I. Besonderheiten des allgemeinen Verfahrens	652
II. Das deutsche Bagatellverfahren	653
III. Das Europäische Bagatellverfahren	654

Viertes Kapitel. Informationsbeschaffung und Beweis

§ 110. Die Informationsbeschaffung für den Zivilprozess	657
I. Die Notwendigkeit der Informationsbeschaffung	658
II. Vorprozessuale Informationsmöglichkeiten	659
III. Prozessuale Informationspflichten	660
IV. Überwindung von Wissenslücken durch Beweiserleichterungen	663
§ 111. Grundbegriffe des Beweisrechts	663
I. Allgemeines	663
II. Arten des Beweises	664
III. Beweismittel	666
IV. Beweiswert und Beweisgrund	669
V. Die Beweisführung	670
VI. Die Beweiserhebung	670
§ 112. Der Gegenstand des Beweises	671
I. Tatsachen	671
II. Erfahrungssätze	672
III. Rechtssätze, insbesondere ausländisches Recht	673
IV. Normtatsachen	675
§ 113. Die Notwendigkeit des Beweises	675
I. Das Geständnis	676
II. Nichtbestrittene Behauptungen	679
III. Offenkundige Tatsachen	680
IV. Vermutete Tatsachen	681
V. Beweisbedürftigkeit im Bereich der Untersuchungsmaxime und der Prüfung von Amts wegen	682
§ 114. Die freie Beweiswürdigung	683
I. Die freie Beweiswürdigung	683
II. Das Beweismaß	685
III. Der Anscheinsbeweis	686
§ 115. Die Schadensschätzung	691
I. Gesetzliche Beweiserleichterungen	691
II. Anwendungsbereich des § 287 I	692
III. Anwendung bei anderen vermögensrechtlichen Streitigkeiten	695
IV. Nachprüfung des Ermessens	695
§ 116. Die Beweislast	695
I. Begriff und Bedeutung der Beweislast	697
II. Die Verteilung der Beweislast	698
III. Umkehr der Beweislast	700
IV. Rechtsnatur der Beweislastnormen	703
V. Die Behauptungslast	704

Inhalt

VI. Bedeutung der Behauptungs- und Beweislastnormen	705
VII. Aufklärungspflicht und Beweislast	706
§ 117. Die Beweisaufnahme	706
I. Notwendigkeit und Zulässigkeit der Beweisaufnahme	706
II. Der Ausforschungsbeweis	708
III. Die Unmittelbarkeit der Beweisaufnahme	709
IV. Die Anordnung der Beweisaufnahme	710
V. Die Durchführung der Beweisaufnahme	712
VI. Die Beweisaufnahme im Ausland	714
§ 118. Das selbständige Beweisverfahren	715
I. Begriff und Zweck	716
II. Die Voraussetzungen der selbständigen Beweisaufnahme	717
III. Das Verfahren	718
IV. Wirkung der Beweisaufnahme	720
V. Klagefrist und Kosten des Beweisverfahrens	720
§ 119. Der Augenscheinsbeweis	721
I. Gegenstand des Augenscheins	722
II. Pflicht zur Duldung des Augenscheins	724
III. Das Beweisverfahren	726
IV. Der Augenscheinsgehilfe	726
§ 120. Der Urkundenbeweis	727
I. Begriff der Urkunde	728
II. Arten der Urkunden	729
III. Die Beweiskraft der Urkunde	729
IV. Das Beweisverfahren	733
§ 121. Der Zeugenbeweis	737
I. Begriff des Zeugen	737
II. Die Zeugnisfähigkeit	738
III. Die Zeugenpflichten im Allgemeinen	739
IV. Die Pflicht zum Erscheinen	739
V. Die Pflicht zur Aussage	740
VI. Die Pflicht zur Beeidigung oder Bekräftigung der Aussage	743
VII. Das Beweisverfahren	743
VIII. Beweiswürdigung	746
§ 122. Der Sachverständigenbeweis	747
I. Begriff des Sachverständigen	748
II. Abgrenzungen	750
III. Die Person und die Stellung des Sachverständigen	751
IV. Die Pflichten des Gutachters	755
V. Das Beweisverfahren	758
VI. Beweiswürdigung	758
§ 123. Die amtliche Auskunft	759
I. Begriff und Inhalt	759
II. Amtliche Auskunft als Beweismittel im Zivilprozess	760
III. Einholung der amtlichen Auskunft	762
§ 124. Die Parteivernehmung	763
I. Begriff und Bedeutung	763
II. Die Voraussetzungen der Parteivernehmung	765
III. Die Beeidigung der Partei	768
IV. Das Beweisverfahren	768

Inhalt

Fünftes Kapitel. Der Stillstand des Verfahrens

§ 125. Allgemeines und Gemeinsames	770
I. Begriff des Stillstands	770
II. Fälle des Stillstands	770
III. Grund des Stillstands	770
IV. Die Wirkungen des Stillstands	771
V. Beginn und Ende des Stillstands	772
VI. Der Streit über den Stillstand	773
§ 126. Die Unterbrechung des Verfahrens	773
I. Tod der Partei usw.	774
II. Eröffnung von Insolvenzverfahren	776
III. Verlust der Prozessfähigkeit oder des gesetzlichen Vertreters usw.	779
IV. Wegfall des Anwalts	779
V. Stillstand der Rechtspflege	780
§ 127. Die Aussetzung des Verfahrens	780
I. Allgemeines	780
II. Fälle der Aussetzung	781
§ 128. Das Ruhen des Verfahrens	783
I. Anordnung des Ruhens	783
II. Ende des Ruhens	784
III. Wirkungen des Ruhens	784

Sechstes Kapitel. Die Beendigung des Verfahrens erster Instanz

§ 129. Die Gründe und die Wirkung der Beendigung	785
I. Die Gründe der Beendigung	785
II. Die Wirkung der Beendigung	785
III. Aufnahme des Verfahrens	785
§ 130. Die Klagerücknahme	786
I. Begriff und Zulässigkeit	786
II. Erklärung der Klagerücknahme und Einwilligung des Beklagten	787
III. Die Wirkungen der Klagerücknahme	789
IV. Rücknahme der vor Rechtshängigkeit erledigten Klage	790
V. Streit über die Klagerücknahme	791
§ 131. Der Prozessvergleich	791
I. Der Tatbestand des Prozessvergleichs	792
II. Die Wirkungen des Prozessvergleichs	796
III. Die Rechtsnatur des Prozessvergleichs und ihre Folgen	797
IV. Nichtigkeit, Anfechtbarkeit, Rücktritt, Aufhebung und Wegfall der Geschäftsgrundlage	799
V. Die Abänderung des Prozessvergleichs	802
VI. Der außergerichtliche Vergleich	802
VII. Der vollstreckbare Anwaltsvergleich	803
§ 132. Die Erledigung der Hauptsache	804
I. Erledigungsereignis und Erledigungserklärung	804
II. Die beiderseitige Erledigungserklärung	805
III. Die einseitige Erledigungserklärung	808
IV. Die Erledigung des Rechtsmittels	811
§ 133. Das Endurteil	811
I. Der Inhalt der Entscheidung	811

Inhalt

II. Die Urteilsfindung	815
III. Die Grundlagen des Urteils	816
IV. Das Anerkenntnis	817
V. Der Verzicht	822

Zweiter Abschnitt. Das Rechtsmittelverfahren

Erstes Kapitel. Allgemeine Fragen

§ 134. Arten und Zweck der Rechtsmittel	825
I. Der Begriff des Rechtsmittels	825
II. Recht auf Rechtsmittel?	826
III. Arten der Rechtsmittel	828
IV. Zweck und Umgestaltung der Rechtsmittel	828
§ 135. Die Anfechtbarkeit der Entscheidungen	830
I. Rechtsmittelfähige Entscheidungen	830
II. Die Anfechtung inkorrektur Entscheidungen	832
§ 136. Zulässigkeit und Begründetheit der Rechtsmittel	834
I. Das Verhältnis von Zulässigkeit und Begründetheit	834
II. Die Zulässigkeit	835
III. Die Begründetheit des Rechtsmittels	841

Zweites Kapitel. Die Berufung

§ 137. Einlegung, Begründung und Zurücknahme der Berufung	842
I. Die Einlegung der Berufung	842
II. Berufungsbegründung und Berufungserwiderung	846
III. Die Zurücknahme der Berufung	851
§ 138. Die Anschlussberufung	853
I. Begriff und Zweck	853
II. Die Zulässigkeit der Anschlussberufung	854
III. Die Einlegung	856
IV. Die Begründung	856
V. Kosten der Anschlussberufung	856
§ 139. Das Berufungsverfahren	857
I. Prüfung der Zulässigkeit	857
II. Die Beschlusszurückweisung	858
III. Die Vorbereitung der mündlichen Verhandlung	860
IV. Der Gegenstand der Berufung	860
V. Der Prüfungsumfang des Berufungsgerichts	862
VI. Der Prozessstoff der Berufungsinstanz	864
VII. Das Verfahren im Übrigen	870
§ 140. Die Entscheidung über die Berufung	871
I. Die Berufungsentscheidung im Allgemeinen	871
II. Die Bedeutung des Antrags	871
III. Die Beschlusszurückweisung	873
IV. Die eigene Sachentscheidung	873
V. Die Zurückverweisung	873
VI. Art und Form des Berufungsurteils	877
§ 141. Das Versäumnisverfahren in der Berufungsinstanz	878
I. Zulässigkeit der Berufung	878

Inhalt

II. Prüfung der Prozessvoraussetzungen	878
III. Erlass des Versäumnisurteils	878
IV. Der Einspruch	879

Drittes Kapitel. Die Revision

§ 142. Einlegung, Begründung und Zurücknahme der Revision	880
I. Die Zulassungsrevision	880
II. Die Nichtzulassungsbeschwerde	884
III. Die Sprungrevision	886
IV. Die zulassungsfreie Revision	887
V. Einlegung der Revision	887
VI. Begründung der Revision	888
VII. Zurücknahme	890
§ 143. Die Gesetzesverletzung	891
I. Revisibles Recht	891
II. Abgrenzung Tatfrage – Rechtsfrage	893
III. Arten der Rechtsverletzung	895
IV. Kausalität der Rechtsverletzung	896
§ 144. Die Anschlussrevision	898
I. Allgemeines	899
II. Besonderheiten	899
§ 145. Das Revisionsverfahren	900
I. Vorprüfung der Zulässigkeit	900
II. Zurückweisung der Revision durch Beschluss	901
III. Die Verhandlung der Revision	901
IV. Prüfung besonderer Verfahrensfehler von Amts wegen	903
V. Verfahren im Übrigen	904
§ 146. Die Entscheidung des Revisionsgerichts	905
I. Die Entscheidung über die Zulässigkeit	905
II. Die Entscheidung über die Begründetheit	905
III. Die Wirkung der Zurückverweisung	907
IV. Entscheidung bei Säumnis	908

Viertes Kapitel. Die Beschwerde

§ 147. Rechtsnatur, Arten und Zulässigkeit der Beschwerde	910
I. Allgemeines	910
II. Arten der Beschwerde	910
III. Die sofortige Beschwerde	911
IV. Verzögerungsrüge und Entschädigungsverfahren	913
V. Erinnerung und Gegenvorstellung	915
§ 148. Beschwerdeverfahren und Entscheidung	916
I. Einlegung der sofortigen Beschwerde	916
II. Die Anschlussbeschwerde	918
III. Zurücknahme und Verzicht	918
IV. Das Verfahren im Übrigen	919
V. Die Entscheidung über die Beschwerde	920
§ 149. Die Rechtsbeschwerde	921
I. Zweck	921
II. Statthaftigkeit	922
III. Form, Frist und Begründung	923
IV. Anschlussrechtsbeschwerde	924
V. Entscheidung des Rechtsbeschwerdegerichts	925

Inhalt

Dritter Abschnitt. Die Rechtskraft und ihre Beseitigung

Erstes Kapitel. Die Rechtskraft

§ 150. Die Urteilstwirkungen	927
I. Die formelle Rechtskraft	927
II. Die materielle Rechtskraft	927
III. Die Vollstreckbarkeit	927
IV. Die Gestaltungswirkung	928
V. Die Tatbestandswirkung	928
VI. Die Interventionswirkung	928
VII. Die Präjudizienwirkung	929
§ 151. Die formelle Rechtskraft	930
I. Rechtskraftfähigkeit	930
II. Der Zeitpunkt der Rechtskraft	930
III. Eintritt für jede Partei	931
IV. Rechtskraft- und Notfristzeugnis	932
§ 152. Die materielle Rechtskraft	932
I. Der Zweck der Rechtskraft	933
II. Die Wirkungsweise der Rechtskraft	933
III. Folgen der prozessualen Natur der Rechtskraft	934
§ 153. Rechtskraftfähigkeit der Entscheidungen	936
I. Urteile und Beschlüsse	936
II. Prozessurteile	937
III. Nicht rechtskraftfähige Entscheidungen	937
§ 154. Die Entscheidung als Gegenstand der materiellen Rechtskraft	938
I. Der Streitgegenstand als Gegenstand der Entscheidung	938
II. Der Inhalt der Entscheidung	939
III. Keine Rechtskraft der Entscheidungsgründe	939
IV. Die Auslegung der Entscheidung	942
§ 155. Die objektiven Grenzen der Rechtskraft	944
I. Identität des Streitgegenstands	945
II. Das kontradiktorische Gegenteil	945
III. Präjudizialität	946
IV. Rechtskraft in Ausgleichszusammenhängen?	947
V. Rechtskraft bei Teilklagen	947
§ 156. Die zeitlichen Grenzen der Rechtskraft	949
I. Die zeitlichen Grenzen der Rechtskraft	949
II. Ausschluss nicht vorgetragener Tatsachen	950
§ 157. Die subjektiven Grenzen der Rechtskraft	952
I. Rechtskraftwirkung gegenüber den Parteien	952
II. Rechtskrafterstreckung auf Dritte	952
III. Drittwirkung der Rechtskraft	957
§ 158. Die Anerkennung ausländischer Entscheidungen	958
I. Die Anerkennung und ihre Wirkungen	959
II. Die Anerkennung nach EU-Recht und aufgrund von Staatsverträgen	961
III. Die Anerkennung ausländischer Urteile nach autonomem Recht	964
IV. Anerkennung von Entscheidungen in Familien- und Erbrechtssachen	969

Zweites Kapitel. Durchbrechung der Rechtskraft

§ 159. Die Abänderungsklage	974
I. Zweck und Rechtsnatur der Klage	974

Inhalt

II. Die Abänderung gerichtlicher Entscheidungen	975
III. Abänderungsklage und Zusatzklage	977
IV. Verhältnis zur Vollstreckungsabwehrklage	977
V. Voraussetzungen der Abänderung gerichtlicher Entscheidungen	978
VI. Die Abänderung von Prozessvergleich und vollstreckbaren Urkunden	981
VII. Die Entscheidung	981
VIII. Die Nachforderungsklage nach § 324	983
§ 160. Die Wiederaufnahme des Verfahrens	983
I. Zweck und Arten der Wiederaufnahme	983
II. Rechtsnatur der Wiederaufnahme	984
III. Der Anwendungsbereich der Wiederaufnahme	984
§ 161. Die Wiederaufnahmegründe	985
I. Nichtigkeitsgründe	986
II. Restitutionsgründe	987
§ 162. Das Verfahren der Wiederaufnahme	991
I. Die Wiederaufnahmeklage	991
II. Die Parteien	993
III. Die anzuwendenden Verfahrensvorschriften	994
IV. Die Abschnitte des Verfahrens	994
V. Das Versäumnisverfahren	996
§ 163. Rechtskraftdurchbrechung durch materielle Ausgleichsansprüche	996
I. Allgemeine Ausgleichsansprüche	997
II. Vollstreckungsabwehr	997
III. Schadensersatz nach § 826 BGB	997

Zweiter Teil. Die besonderen Prozessarten und das schiedsrichterliche Verfahren

Erster Abschnitt. Der Urkunden- und Wechselprozess

§ 164. Der Urkunden- und Wechselprozess	1001
I. Die Besonderheiten des Urkundenprozesses	1001
II. Die Voraussetzungen des Urkundenprozesses	1002
III. Das Verfahren	1004
IV. Der Wechsel- und der Scheckprozess	1007

Zweiter Abschnitt. Das Mahnverfahren

§ 165. Das Mahnverfahren	1008
I. Allgemeines	1008
II. Zulässigkeitsvoraussetzungen	1009
III. Das Verfahren im Einzelnen	1010
IV. Der Vollstreckungsbescheid	1016
V. Das elektronische Mahnverfahren	1018
VI. Das deutsche Auslandsmahnverfahren	1019
VII. Das Europäische Mahnverfahren	1019

Dritter Abschnitt. Das Verfahren in Familiensachen

§ 166. Die Familiensachen	1024
I. Einführung	1024
II. Die Familiensachen	1024
III. Die Stellung des Familiengerichts	1028

Inhalt

IV. Das Verfahren in Familiensachen	1029
V. Rechtsmittel in Familiensachen	1032
§ 167. Das Verfahren in Ehesachen und in Familienstreitsachen	1035
I. Internationale und örtliche Zuständigkeit	1035
II. Allgemeine Verfahrensfragen	1038
III. Dispositionen im Verfahren	1040
IV. Tatsächliche Entscheidungsgrundlage	1042
V. Die Entscheidung	1044
VI. Rechtsmittel	1045
§ 168. Das Verfahren in Scheidungs- und Folgesachen	1046
I. Der Verbund von Scheidungs- und Folgesachen	1047
II. Das Verbundverfahren	1050
III. Rechtsmittel im Verbundverfahren	1053
IV. Die kostenrechtliche Behandlung des Verbunds	1055
§ 169. Einstweilige Anordnungen in Folgesachen und Familienstreitsachen	1055
I. Einstweilige Anordnungen nach dem FamFG	1056
II. Das Anordnungsverfahren	1057
III. Einstweilige Anordnungen nach EU-Recht	1062
§ 170. Kindschaftssachen	1063
I. Terminologie	1064
II. Zuständigkeit	1064
III. Bestellung eines Verfahrensbeistands	1065
IV. Verfahrensablauf	1066
§ 171. Abstammungssachen	1067
I. Das Verfahren in Abstammungssachen	1068
II. Verfahren zur Feststellung eines Eltern-Kindes-Verhältnisses	1070
III. Feststellung der Abstammung	1073
IV. Anfechtung der Vaterschaft	1073
§ 172. Das Verfahren in Unterhaltssachen	1075
I. Internationale Zuständigkeit	1076
II. Örtliche Zuständigkeit	1077
III. Der selbständige Unterhaltsantrag	1078
IV. Auskunftspflicht	1078
V. Die Abänderung von Unterhaltstiteln	1080
VI. Die einstweilige Unterhalts-Anordnung	1081
§ 173. Vereinfachte Unterhaltsverfahren	1084
I. Das vereinfachte Verfahren über den Unterhalt Minderjähriger	1084
II. Unterhalt bei Feststellung der Vaterschaft	1089
§ 174. Lebenspartnerschaftssachen	1089
I. Die Lebenspartnerschaftssachen	1089
II. Besonderheiten internationaler Fälle	1090

Vierter Abschnitt. Das schiedsgerichtliche Verfahren

§ 175. Die private Schiedsgerichtsbarkeit	1091
I. Die privaten Schiedsgerichte	1092
II. Schiedsgutachten	1093
§ 176. Die Schiedsvereinbarung	1097
I. Der Inhalt des Schiedsvertrags	1097
II. Der Schiedsvertrag als Prozessvertrag	1098
III. Die Zulässigkeit der Schiedsvereinbarung	1099

Inhalt

IV. Die Form der Schiedsvereinbarung	1103
V. Die Wirkung des Schiedsvertrages	1104
§ 177. Außervertragliche Schiedsgerichte	1107
I. Schiedsgerichte aufgrund letztwilliger Verfügung	1108
II. Vereins- und Verbandsschiedsgerichte	1109
§ 178. Rechtsschutzkompetenz zwischen staatlichem Gericht und Schiedsgericht	1110
I. Die Schiedseinrede vor dem staatlichen Gericht	1111
II. Gerichtliche Feststellung zur Zulässigkeit des Schiedsverfahrens	1111
III. Die Zuständigkeitsentscheidung des Schiedsgerichts	1112
IV. Einstweiliger Rechtsschutz	1114
§ 179. Das Schiedsgericht	1116
I. Die Bildung des Schiedsgerichts	1116
II. Der Schiedsrichtervertrag	1118
III. Die Unparteilichkeit des Schiedsrichters	1120
§ 180. Das schiedsgerichtliche Verfahren	1122
I. Grundregeln für das Schiedsverfahren	1122
II. Die Geltung allgemeiner Prozessrechtsgrundsätze	1127
III. Die Anwendung materiellen Rechts	1129
§ 181. Schiedsspruch und Verfahrensbeendigung	1130
I. Der Schiedsspruch	1131
II. Der Erlass des Schiedsspruchs	1131
III. Die Wirkungen des Schiedsspruchs	1134
IV. Der Schiedsspruch mit vereinbartem Wortlaut	1135
V. Beendigung des Schiedsverfahrens durch Beschluss	1136
§ 182. Die Aufhebung des Schiedsspruchs	1137
I. Allgemeines	1137
II. Die Aufhebungsgründe	1137
III. Das Aufhebungsverfahren	1140
§ 183. Die Vollstreckbarerklärung von Schiedssprüchen	1141
I. Die Vollstreckbarerklärung inländischer Schiedssprüche	1141
II. Die Anerkennung und Vollstreckbarerklärung ausländischer Schieds- sprüche	1144
§ 184. Die Mitwirkung des staatlichen Gerichts	1149
I. Das Verhältnis von Gericht und Schiedsgericht	1149
II. Entscheidungen über die Zulässigkeit des Schiedsverfahrens	1149
III. Hilfe bei der Besetzung des Schiedsgerichts	1150
IV. Hilfe im Schiedsverfahren	1151
V. Aufhebung und Vollstreckbarerklärung von Schiedssprüchen	1151
§ 185. Internationale Schiedsgerichtsbarkeit	1152
I. Bedeutung	1153
II. Institutionelle Schiedsgerichte und Ad hoc-Schiedsgerichte	1153
III. Rechtsgrundlagen	1154
IV. Besonderheiten internationaler Schiedsverfahren	1155
Paragrafenregister	1161
Sachregister	1191


beck-shop.de
DIE FACHBUCHHANDLUNG